lich jener gewissenlose Gauner, der die gefälschten sowjetrussischen Dokumente anfertigte, wie den „Sinowjew-Brief" anläßlich der englischen Wahlen, die gefälschten Dokumente für die Henkerrechtung Jankoff usf. und dessen Verbrechen hunderte von kommunistischen Mitgliedern Bulgariens- und Gewerkschaftsführern Bulgariens das Leben kostete. Nach Angabe der betreffenden Berliner Zeitung hat dieser Halunke seine Freilassung durchgesetzt, **weil er mit Enthüllungen drohte, durch welche die deutschen Behörden und Beamte, die mit seinen Fälschungen in Beziehungen stehen, blossgestellt würden.** Bis zur Stunde hat das Berliner Polizeipräsidium diese unerhörte Anklage auch mit keiner Silbe beantwortet.

Die Behauptung dieser Zeitung, daß die Abteilung IA des Berliner Polizei-Präsidiums nicht nur Dokumentenfälscher zum Zwecke des blutigsten Terrors und internationalen kriegerischen Verwicklungen nicht nur duldet, sondern mit ihnen gemeinschaftliche Geschäfte macht, ist eine ebenso ungeheuerliche Anklage **gegen das Polizeipräsidium** wie die Tatsachen, die im **Moskauer Prozeß bekannt geworden sind. Da das Polizeipräsidium diese Anschuldigungen nicht ableugnet und nicht dementiert, wird auch das Dementi im Kindermann-Prozeß hinfällig, da beide Vorgänge auf ein und dasselbe Verhältnis der Abteilung IA zu den Faschisten zurückzuführen sind.**

Zum gleichen Problem Abteilung IA und Faschismus schreibt ein bürgerlicher Nachrichtendienst:

„Im Moskauer Studenten-Prozeß erscheint auch der Angeklagte Kindermann — was wir eine frühere mißverständliche Meldung berichtigend, hervorheben möchten — durch die Anklageschrift als sehr schwer belastet. Der Prozeß, der jetzt in Moskau begonnen hat, wird in grotzkem Stile aufgezogen, woraus zu schließen ist, daß die Anklagebehörde über genügend Beweismaterial zu verfügen glaubt. Wichtiger als die Belastung der drei Studenten persönlich ist die in der Anklageschrift behauptete Verbindung mit deutschen Behörden. In erster Linie wird in der Anklageschrift **das Berliner Polizeipräsidium** als indirekt mitwirkend in der ganzen Sache gekennzeichnet. Angesichts der ganz ungeheuerlichen Uebergriffe, die sich im Mai 1923 das Berliner Polizeipräsidium im Zusammenhang mit dem provokatorischen Eindringen in die Berliner Handelsvertretung hat zuschulden kommen lassen, haben natürlich alle Mitteilungen, auch von russischer Seite, über die Verbindung zwischen dem Polizeipräsidium und dem Studenten Kindermann ein ganz besonderes Interesse. In jenen verhängnisvollen Maitagen hatte bekanntlich das Berliner Polizeipräsidium für einige Tage die Ostpolitik des Auswärtigen Amtes vollkommen an sich gerissen, dem Reichsaußenminister Stresemann falsche Informationen zuteil werden lassen und auch der Oeffentlichkeit über die tatsächlichen Vorgänge und Veranlassungen irreführende Angaben gemacht."

An anderer Stelle sagt das gleiche Nachrichtenbureau:

„Einer von diesen „deutschen Studenten", Herr von Ditmar, ist kein Deutscher, sondern Estlander, also Balte. Diese Tatsache macht die ganz ungeheuerlichen Mitteilungen der Anklageschrift natürlich an und für sich einleuchtender, als wenn alle drei Angeklagten deutscher Herkunft wären. Man weiß ja, daß die Balten ebenso wie die russischen Emigranten die deutsche Gastfreundschaft zu ständiger Beunruhigung der deutschen Ostpolitik benutzen und zum Teil sogar auch in der Belpitzelung Deutschlands im Auftrage der Entente eine peinliche Rolle spielen."

Also selbst ein bürgerliches Pressebureau widerlegt das Dementi des Berliner Polizeipräsidiums durch den Nachweis **der Politik, die die politische Abteilung des Präsidiums bisher stets geführt hat.** Mit Recht weist dieses Pressebureau auf die Beziehungen hin, die der frühere Leiter der Abteilung IA, Dr. Weiß, zu den konterrevolutionären russischen Emigranten und deren Treiben unterhalten hat, einer Politik, die auch für den jetzigen Leiter durch die Freilassung des obengenannten Aktenfälschers wieder einmal klar nachgewiesen wird. Die Kette der Intrigen, des Spitzelwesens und der Verbrechen der Agent Provokateurs im Kampfe gegen Sowjetrußland und die kommunistische Bewegung ist hier klar erwiesen. **Die Kindermann-Gruppe ist nur ein Glied, ein Glied, das auch haarscharf mit dem** Ueberfall auf die russische Handelsmission und dem Polizeispitzel **Botzenhard** und der Beziehungen zu dem Dokumentenfälscher vollkommen übereinstimmt. Dies beweist, welcher Wert den **Dementis des Polizeipräsidiums** beizulegen ist.

Aber das, was das Berliner Polizeipräsidium soeben abzuleugnen sucht, beweist der „Vorwärts" mit dem oben angeführten Artikel mit so brutaler Offenherzigkeit, daß es hierüber keine Zweifel mehr geben kann. **Die Politik des Berliner Polizeipräsidiums ist die Politik der Sozialdemokratie. Und das, was eben noch das Polizeipräsidium bestreitet, bestätigt der sozialdemokratische „Vorwärts".** Das Dementi der Berliner Polizei hatte sehr kurze Beine.

Aus alledem aber sieht das Proletariat, um was es heute geht. Jetzt werden den verblendetsten sozialdemokratischen Arbeitern über den wahren Charakter und die Absichten ihrer Parteiführer die Augen geöffnet werden. Für die Genossen und Sympathisierenden der KPD. gilt es, mit allen Mitteln den sozialdemokratischen Arbeitern gerade an Hand des Kindermann-Skandals des „Vorwärts" die Augen zu öffnen, um in geschlossener Front mit den englischen Gewerkschaften den sozialdemokratischen Kriegshetzern gegen Sowjetrußland ihr entschiedenes **„Hände weg von Sowjetrußland"** entgegenzuschleudern.

Der „Vorwärts" setzt seine Hetze gegen Rußland fort

Berlin, 30. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der „Vorwärts", **der gestern abend in schärfstem Ton den Abbruch der Beziehungen mit Moskau gefordert und zum Krieg gegen Sowjetrußland gehetzt hat,** bringt heute abend unter dem Titel „Rußland und wir" einen Leitartikel, der formell eine sehr vorsichtige, gedämpfte Verteidigung gegen die Feststellungen der „Roten Fahne" darstellt, **inhaltlich aber sämtliche Punkte seiner gestrigen Hetze aufrecht erhält** und nur den Zweck hat, durch „diplomatische", heuchlerische Form die Arbeiterschaft zu beruhigen. Das Blatt erklärt zunächst, die Staaten Europas und Amerikas seien untereinander wesensähnlicher und schicksalsverwandter, als sie es zusammen der Sowjetunion gegenüber seien. Gegenüber der gleichartigen Wirtschaftsform, Entwicklungsform des Kapitalismus und der Demokratie im Westen sei Rußland „eine andere Welt". Dementsprechend seien **die SPD., die französischen Sozialdemokraten und die englische Arbeiterpartei im Westen „die drei starken, tragenden Säulen der sozialistischen Arbeiterinternationale".** (?) Es heißt dann: „Feindschaft gegen Sowjetrußland, die ihr so oft, besonders von kommunistischer Seite nachgesagt wird, liegt der sozialistischen Arbeiterinternationale vollkommen fern." (?) Wenn die „Rote Fahne" behaupte, die SPD. predige den Krieg gegen Sowjetrußland, so sei das eine Verrücktheit. Aber die Sowjetmacht müsse ihren innerpolitischen Angriff auf Europa aufgeben. Die SPD. erkläre die amtliche Außenpolitik Deutschlands gegenüber Sowjetrußland für Liebdienerei, für falsch und gefährlich. Indem er im Namen der ganzen 2. Internationale zu sprechen vorgibt, erklärt der Vorwärts weiter, die Sozialdemokraten erstreben den Frieden Europas durch Garantieverträge. Dies bedeute „in keiner Weise eine Bedrohung Sowjetrußlands". „Deutschlands Eintritt in den Völkerbund und der Abschluß von Sicherheitsverträgen zwischen den europäischen Völkerbundsmitgliedern ist keine Gefahr für Sowjetrußland". (Der „Vorwärts" wiederholt dreimal diese Erklärung, daß der Sicherheitspakt **nicht den Krieg und nicht die militärische Front gegen Sowjetrußland bedeute — ganz im Gegensatz zu der Stellungnahme führender englischer Arbeiterparteiler, im Gegensatz zu den bürgerlichen Demokraten in Deutschland, im Gegensatz zu** den Erklärungen der gesamten imperialistischen Weltpresse, im Gegensatz zu dem klaren Inhalt der Sicherheitspaktnote und des Völkerbundsartikels 16.)

Zum Schluß wiederholt der „Vorwärts", obwohl in vorsichtiger Form, im einzelnen seine Behauptungen über die „Freiheit" der Reichsregierung und den Moskauer OG.-Prozeß und veröffentlicht darunter eine Erklärung der Reichsregierung zu der gestrigen Hetze des „Vorwärts": die Reichsregierung habe alles getan im Interesse der angeklagten Studenten.

Die SPD.-Führer verhandeln über die Annahme der Zollvorlage

Es ist merkwürdig still geworden im schwarz-rot-goldenen Blätterwald mit dem Kampfgeschrei „gegen den Zollwucher". Tony Sender und der weltbärtige Planminister Wissell **haben ihre Reden geredet bei der ersten Lesung der Zollvorlage** und jetzt ist's Schluß. Die Vorlage beschäftigt den handelspolitischen Ausschuß und soll dort verarbeitet werden.

Wie, das ist bisher in geheimnisvolles Dunkel gehüllt, wie alles für den Verstand der in parlamentarischen Künsten nicht Bewanderten ein Buch mit sieben Siegeln ist. Schläft die Regierung und schlafen die ehrenwerten sozialdemokratischen Strategen? Es könnte so scheinen, aber es ist nicht so.

Die Sozialdemokratie hatte durch Stampfers Blatt erklären lassen, daß die „Zollvorlage **in dieser Form (!) unannehmbar** für sie sei. Das war ein offenes Wort, das bewies, daß die schwarz-rot-goldenen Schildknappen **prinzipiell nicht** gegen die Zölle wären.

Das kann ja auch nicht anders sein. Wenn man **diesen** Staat täglich — theoretisch und praktisch — bejaht, muß man die Mittel, mit denen dieser Staat seine und seiner Auftraggeber Existenz erhalten will, bejahen. Dazu gehören die Zölle. Und die SPD. ist für Zölle, damit bei Handelsvertragsverhandlungen die Unterhändler des deutschen Staates gewisse „Druckmittel" in der Hand haben, das heißt damit man für die Staaten, mit denen man einen Handelsvertrag abschließt, den Zolltarif ändern, senken kann. In der Zollvorlage der Regierung gibt es nur „gebundene Zölle" für Getreide, das heißt Zollsätze, die nicht erniedrigt werden können. Ergo, ist die Zollvorlage „in dieser Form unannehmbar"!

Die bürgerliche Presse berichtet, daß die Regierung, die die Zollvorlage durchdrücken muß, um die Gefolgschaft der deutschnationalen Junker nicht zu verlieren, mit den „Oppositionsparteien", das heißt mit Sozialdemokraten und Demokraten verhandelt, um diese „Opposition" zur Aufgabe ihrer Gegnerschaft zu veranlassen. Damit die Sache geölt geht, will die Regierung einige Positionen, zum Beispiel die Getreidezölle aus der Vorlage herausnehmen und sie später, im Herbst verhandeln lassen. Die Nachricht zeigt, wohin die Reise geht. Denn was ist der Zweck einer solchen Verhandelei? Die Sozialdemokraten, große „Kämpfer" vor dem Herrn, sollen die Möglichkeit haben, zu schreien über einen „Sieg" der „Linken". „Seht", werden sie sagen, „die Regierung Luther-Kanitz-Schlieben mußte vor unserem gewaltigen Ansturm zu Kreuze kriechen. Sie hat die Zollvorlage ändern müssen. Sie ist zwar noch da, aber jetzt in einer für uns annehmbaren Form! Mehr war beim besten Willen nicht zu erreichen!"

Sie werden wieder die Luft erschüttern mit ihrem Geräusch, das sie vorher „Kampfansage" und nachher „Siegesjubel" nennen und der Zollvorlage ihre Zustimmung geben. Und die „besiegte Regierung" wird sich ins Fäustchen lachen. Sie hat ja die Zollsätze, wie es üblich ist, so hoch angesetzt, damit sie sich ähnlich dem wahren Jakob auf dem Jahrmarkt ein klein wenig abhandeln lassen kann. Wobei der Unterschied zwischen dem wahren Jakob auf dem Jahrmarkt und seinem Schund und der Regierung mit ihrer Zollvorlage nur der ist, daß man dem wahren Jakob seinen Schund an den Kopf wirft, während die Zollvorlage Gesetz wird, sanktioniert von den Volksvertretern" der SPD.

Die also „besiegte" Regierung aber erreicht noch eines: dadurch, daß sie die Getreidezollberatung bis zum Herbst verschiebt, hat sie die Deutschnationalen in der Hand, von denen große Teile aus der Regierungskoalition ausbrechen möchten, weil die Annahme von Entwaffnungsnote und Sicherheitspakt die kleinbürgerlichen Wähler, die auf schwarz-weiß-rot, Hindenburg, die alte deutsche „Ehre" und gegen den „Feindbund" schwören, stutzig machen würde über die „Wahrung der nationalen Belange" durch die „nationalen" Regierungsmänner. Für die Getreidezölle im Herbst sollen die Deutschnationalen erst den Sicherheitspakt annehmen. (Womit sie zwar im Prinzip einverstanden sind, aus taktischen Gründen aber wegen der deutschnationalen Kleinbürger erst dazu „gezwungen" werden müssen!)

So macht die Luther-Regierung eine geschickte Politik, und **die Sozialdemokraten machen sie mit.** Die Zollvorlage soll mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen werden. Für den Sicherheitspakt schwärmen die Breitscheid und Crispien sowieso. Für den Sicherheitspakt sollen noch die Deutschnationalen „gewonnen" werden, so daß die Regierung dann entweder beliebig **auswechselbare Mehrheiten hat oder aber von der „größten Volksgemeinschaft", von Deutschnationalen bis zu Sozialdemokraten gestützt wird.**

Daß die Sozialdemokratie nichts über die Verhandlungen meldet, die Nachrichten nicht widerruft, zeigt, daß sie mit Luther-Kanitz vollkommen einig ist, ihre Pläne billigt. Beweist aber auch zugleich, was von dem „Kampf" der Sozialdemokraten gegen den Zollwucher zu halten ist.

Wir glauben aber, daß alle Arbeiter, auch die sozialdemokratischen, für die „staatspolitischen Notwendigkeiten", mit denen die sozialdemokratischen Führer ihr Einschwenken in die Luther-Kanitz-Front „begründen werden", **kein Verständnis haben, wir** glauben vielmehr, daß alle Arbeiter gegen die Zölle kämpfen wollen.

Die Kommunistische Partei hat den Weg gezeigt! Sie hat der Sozialdemokratie, sie hat dem ADGB. praktische Kampfvorschläge gemacht. Bis heute haben die Führer keine Antwort gegeben. Bis heute „kämpfen" sie im Parlament oder handeln im handelspolitischen Ausschuß um „Ermäßigung" einzelner Zollsätze.

Wie stellen sich die Arbeiter zu dieser „praktischen" Arbeit der „Kämpfer" gegen den Zollwucher?

So kämpfen der ADGB. und die SPD. gegen den Zollwucher

Berlin, 1. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die SPD. und der ADGB. hatten auf gestern eine Anzahl öffentliche Versammlungen zum Zollkampf angesetzt. Ueberall wurden die kommunistischen Redner am Sprechen verhindert. Dabei gab es in Kliems Festsälen in Neukölln, wo Wels sprach, heftige Zusammenstöße, da das Reichsbanner sofort bei der Wortmeldung des Genossen Höllein wild auf die Kommunisten losprügelte. In den Pharussälen hielt Crispien eine Hetzrede gegen Sowjetrußland. Auch hier wurde Genossin Ruth Fischer das Wort verweigert, als sie trotzdem sprach, wurde die Versammlung schnell geschlossen. In Wedding kam es nach Versammlungen erneut zu Zusammenstößen, da ein Zug Reichsbannerleute mit Gummiknüppeln auf die Arbeiter losging, welche abfällige Bemerkungen gemacht hatten.

Die kommunistische Landtagsfraktion in Preußen gegen den Zollwucher

Berlin, 1. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Kommunistische Landtagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht:

„In der Reichsratssitzung vom 18. Juni haben **die Vertreter Preußens** mit Ausnahme des Vertreters der Stadt Berlin **für die Zollvorlage der Reichsregierung gestimmt und damit für die Zollvorlage eine Mehrheit geschaffen und den Wucher unterstützt.** Diese Haltung erscheint um so unverantwortlicher, als gerade im preußischen Staatsgebiet Millionen von Familien infolge der geringen Löhne nicht imstande sind, sich ausreichend zu ernähren. Die mit der Einführung des Zolles verbundene Erhöhung der Lebensmittelpreise wird eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung und des Gesundheitszustandes der werktätigen Massen herbeiführen. Der Landtag wolle deshalb beschließen:

1. Der Landtag mißbilligt die Abstimmung der Mehrheit der preußischen Reichsratsmitglieder für die Zollvorlage, weil diese die Lebensinteressen der Mehrheit der preußischen Bevölkerung aufs schwerste schädigt.
2. Das Staatsministerium wird beauftragt, die preußischen Stimmen des Staatsministeriums anzuweisen und die übrigen preußischen Stimmen zu veranlassen, bei etwa noch stattfindenden Abstimmungen alle Vorlagen abzulehnen, die eine weitere Belastung der arbeitenden Bevölkerung und eine Verschlechterung ihrer Lebenshaltung herbeiführen."

Man darf gespannt sein, wie sich die Sozialdemokraten im preußischen Landtag zu diesem Antrag stellen werden, nachdem der „Vorwärts" erklärt, daß die SPD. prinzipiell nicht gegen die Zölle ist. Wie sie diesen von ihnen mit großem Geschrei angekündigten „Kampf gegen den Zollwucher" führen, beweisen unsere heutigen Meldungen über die Versammlungen des ADGB. und der SPD. in Berlin.

Barmatschieber Hoefle

Berlin, 1. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In der gestrigen Sitzung des Barmatuntersuchungsausschusses des Reichstages wurde die Vermittlung der Postkredite durch Hoefle besprochen. Dabei **ergab sich haarsträubendes Material über den amtlichen Korruptionssumpf.** Trotz aller Rettungsversuche für Hoefle ergab sich, daß er seinem Freund Lange-Hegermann angeblich für Bürgschaft des besetzten Gebiets 2 Millionen **Postkredite vermittelt hatte. Das besetzte Gebiet hat nie etwas davon gesehen.** Wo das Geld geblieben ist, wurde ebenfalls nicht untersucht. Der Staatssekretär Schoettle erklärte, in jener Zeit **seien viele bayrische Abgeordnete** gekommen und hätten **Kredite gewünscht. Man sei froh gewesen, das Geld los zu werden. Alle gegen Hoefle erhobenen Anwürfe,** auch die Vermittlung der 2 Millionen Postgelder an Barmat bestätigt sich voll und ganz.

34 000 Arbeiter ausgesperrt

Pforzheim, 1. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Nachdem der Arbeitgeberverband für Pforzheim einen Schiedsspruch für die in der Schmuck- und Metallindustrie beschäftigten Arbeiter abgelehnt hatte, hat er sämtlichen Arbeitern dieser Industrie gekündigt, um einer Verbindlichkeitserklärung zuvorzukommen. **34 000 Arbeiter werden von der Aussperrung betroffen.**

Generalaussperrung der Bauarbeiter in Baden

Mannheim, 30. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Infolge Streiks der Bauarbeiter im Wirtschaftsgebiet Unterbaden und Vorderpfalz ist die Generalaussperrung von den Unternehmern erklärt worden.

Ziegeleiarbeiterstreik im Rheinland

Düsseldorf, 30. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Ziegeleiarbeiterstreik hat sich auf Köln ausgedehnt und umfaßt sämtliche Großbetriebe.

Neue Massenentlassungen und Feierschichten bei Krupp

Essen, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Firma Krupp hat neue Stillegungen vorgenommen und weitere stehen in Aussicht. Das Martinswerk 7 wurde stillgelegt. Auf Martinswerk 1 und 4 sind größere Kündigungen erfolgt. In allen Kruppschen Stahlwerken werden in dieser Woche zwei Feierschichten eingelegt. Die Stillegung des Knüppelwerkes im Hafengelände ist geplant.